

# Für eine freie Universität

## Wahlprogramm der LHG – Liberale Hochschulgruppe Saar

### Präambel

In Zeiten immer zunehmender Bevormundung der Bürger durch den Staat stellt die Liberale Hochschulgruppe gegen diesen Trend, denn nicht nur wir Studenten werden bevormundet, sondern auch die Universität. Wir kämpfen für eine freie, unabhängige Universität, die - gemeinsam mit ihren Studenten - eigenständig und frei von politischem Geplänkel ihre Geschicke leiten kann.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist, neben der Bereitschaft der Landesregierung, dass **die studentische Mitbestimmung weiter gestärkt wird** und die Studenten in allen Gremien der Universität ein ähnliches Mitspracherecht wie bei der Gebührenvergabe erhalten. Denn nur wenn beide Seiten gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir das erreichen, weswegen wir alle hier sind: Ein Studium unter guten und wettbewerbsfähigen Bedingungen, bei dem aber auch die persönliche Freiheit und das Privatleben nicht zu kurz kommen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel wollen wir für euch insbesondere um Folgende Punkte kämpfen:

### Studiengebühren und Finanzierung der Uni des Saarlandes

**Die Liberale Hochschulgruppe Saar lehnt Studiengebühren in der jetzigen Form strikt ab!**

Stattdessen plädieren wir für ein zukunftsorientiertes und vor allem realistisches Modell, das der Bildungs- und Chancengerechtigkeit aller Studenten und Studieninteressierten gerecht wird.

Die Universität soll innerhalb eines optionalen staatlichen Grundrahmens den erforderlichen eigenen Gestaltungsfreiraum erhalten. Sie kann selbst wählen:

1. **Die Universität darf von der Landesregierung nicht verpflichtet werden, Studiengebühren zu erheben.** Wenn eine Hochschule der Überzeugung ist, auf Studiengebühren ganz verzichten zu können, so darf die Landesregierung sie nicht zum Gegenteil zwingen!

2. Falls sich die Universität **gemeinsam mit den Studierenden** entscheidet, Studiengebühren zu erheben, so müssen diese immer nachlaufend gestaltet werden. Das heißt, dass die Zahlung erst nach Beginn der Berufstätigkeit beginnt, wenn der Absolvent über ein bestimmtes Jahreseinkommen verfügt. So werden Studierwillige auch nicht durch die Angst vor späterer Armut oder durch die finanzielle Abhängigkeit von ihren Eltern am Studieren gehin-

dert werden. **Nach diesem Modell startet niemand mit Schulden in sein Berufsleben!**

3. Ein einheitlicher Gebührensatz ist zudem weder sinnvoll noch zielführend. Studiengebühren sollten vielmehr vom Studienfach abhängig gestaltet sein. Nicht in jedem Fach bietet eine Hochschule dieselbe hohe Qualität. So ist es auch **möglich, dass Fächer, die keinen Bedarf haben, ganz auf Gebühren verzichten**. Wichtig ist es, eine Obergrenze für Studiengebühren festzulegen. Deshalb dürfen 500 Euro pro Semester nicht überschritten werden.

4. Wir setzen uns für eine „**Geld-zurück-Garantie**“ ein. Sollte sich das Studium durch ein Verschulden der Universität verlängern, beispielsweise weil Pflichtveranstaltungen auf Grund von Überbuchungen oder Überschneidungen nicht besucht werden können oder weil sich die Korrektur von Leistungskontrollen verzögert, so darf die Universität für diesen Zeitraum keine Studiengebühren erheben bzw. muss diese zurückerstatten!

5. Unsere Universität leidet unter einer ständigen Unterfinanzierung. Durch eine Umverteilung im Landeshaushalt muss die Grundfinanzausstattung gestärkt werden. Hierfür wollen wir uns bei der künftigen Landesregierung einsetzen.

6. Eine attraktive Variante für eine bessere Finanzausstattung könnte in einem Mischmodell gefunden werden: In einem Mix, bestehend aus höherer staatlicher Zuwendung, einer Studiengebühr und einer besseren Einwerbung von Drittmitteln und anderen finanziellen Zuwendungen von außen. Damit einhergehen müssten allerdings Reformen des Steuerrechts, des Erbrechts und des Stiftungsrechts, damit es Unternehmen und Privatpersonen schmackhafter gemacht wird, Hochschulen und Studierende finanziell gezielt zu unterstützen. Ein zukunftsweisendes Schlüsselwort heißt Stipendiensystem.

7. **Leistung muss sich stärker lohnen!** Auf Grund von hervorragenden Leistungen sollten nicht nur wie jetzt bis zu 5 Prozent, sondern 10 Prozent der Studenten von der Studiengebühr befreit werden. Nach dem Motto: Anstrengung lohnt sich, überdurchschnittliche Begabung wird gezielt gefördert. Begabten auch aus anderen Regionen wird so ihr erwünschtes Studieren im Saarland zusätzlich schmackhaft gemacht.

8. Für 10 Prozent der Studierwilligen und Studierfähigen sollte es aufgrund **sozialer Kriterien eine Stipendienregelung** geben. Diese Lösung würde der tatsächlichen soziodemografischen Situation im Saarland gerecht.

9. Die Universität muss gemeinsam mit der Landesregierung ein umfassendes Stipendiensystem aufbauen, so dass zum einen besonders gute, aber auch sozial schwache Studenten gezielt gefördert werden können!

10. Wer sich ehrenamtlich in **studentischen Initiativen** engagiert und damit einen wertvollen Beitrag für die ganze Universität leistet, darf nicht noch zusätzlich durch **Studiengebühren** belastet werden und muss von diesen **befreit werden!**

Mit diesem optionalen „Mehr-Säulen-Modell“ würde die Universität des Saarlandes einen attraktiven und kreativen Mittelweg ansteuern, der ihr mehr Gestaltungsraum gibt. Einerseits wird damit Rücksicht genommen auf die katastrophale Finanzlage. Andererseits erhält die Universität die Option auf zusätzliche Geldmittel, die Qualität in der Forschung und vor allem der Lehre zu verbessern. Ihre Finanzautonomie wird somit gestärkt. In jedem Fall muss sicher gestellt sein, dass Studienbeiträge in vollem Umfang der Universität zu Gute kommen. Zum Zweiten ist die Landesregierung gehalten, die Haushaltsprioritäten endlich anders setzen und im Anteil an den Gesamthaushalt insgesamt mehr Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen: Bildung ist der einzige Rohstoff mit Zukunft. Zum Dritten werden die Chancen auf ein Studium für sozial Schwächere erhöht. Und zum Vierten werden besonders fleißige und begabte Studenten gefördert, in dem die Studiengebühr für sie wegfällt. Und wenn eine Hochschule der Meinung sein sollte, sie sei etwa über die Einnahmen aus Drittmitteln so gut aufgestellt, dass sie generell auf Studiengebühren verzichten kann, dann sollte sie diese Freiheit haben. Auch für die Universität gilt: So viel Eigenverantwortung wie möglich und so wenig staatliche Bevormundung wie nötig.

### **Studiengebühren sinnvoll verwenden**

Die Liberale Hochschulgruppe kämpft weiterhin für eine sinnvolle Verwendung der Studiengebühren. Sie dürfen nur zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden. **Die Verwendung muss jedoch losgelöst von ideologischen Dogmen erfolgen! Es darf nur der Mehrwert für die Studenten im Vordergrund stehen!**

Die Verwendung muss in regelmäßigen Abständen evaluiert werden. Wenn aus Gebühren geschaffene Einrichtungen nicht genutzt werden, dürfen für diese in Zukunft keine weiteren Gebühren fließen, beispielsweise in den Shuttlebus zwischen Saarbrücken und Homburg, der kaum genutzt wird. Wenn Tutorien aus Studiengebühren finanziert werden, dürfen diese nicht als zweite oder dritte Säule einer Lehrveranstaltung missbraucht werden, sondern müssen dem eigentlichen Sinn dienen, den Stoff der Vorlesung mit den Studenten gemeinsam zu repetieren.

## **Verkehrssituation an der Uni**

### **Reform des Semestertickets**

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich für eine **Reform des Semestertickets** ein. Zum einen soll das Semesterticket flexibler ausgestattet sein und zum anderen bezahlbar bleiben. Auch eine Befreiungsmöglichkeit soll es geben!

Aus diesem Grund soll das Semesterticket umgewandelt werden in ein Grundticket, das für alle verpflichtend ist. Darüber hinaus soll jeder Student die Möglichkeit haben, verschiedene Optionspakete dazu zu buchen.

Das Grundticket soll den Bereich des Regionalverbands Saarbrücken sowie St. Ingbert, Homburg und die saarländischen Bahnstrecken umfassen. Da viele Studenten das Semesterticket tatsächlich nur in diesem Bereich nutzen, sie aber bisher dennoch für das gesamte Saarland bezahlen müssen, kann das Semesterticket auf diese Weise verbilligt werden. Wer dennoch ein Ticket für das gesamte Saarland möchte, kann dies als Option hinzubuchen, der Preis sollte dann dem des jetzigen Semestertickets entsprechen. Viele Studenten nutzen für Heimfahrten am Wochenende und in den Ferien die Bahn, daher soll als weitere Option eine vergünstigte Bahncard buchbar sein.

Wer kein Semesterticket benötigt, weil er beispielsweise immer auf das Auto angewiesen ist, soll die **Möglichkeit** haben, **sich vom Semesterticket befreien zu lassen**. Um das Solidarsystem nicht zu gefährden, muss in diesem Falle ein gewisser Sozialbeitrag gezahlt werden, der jedoch deutlich unter den Kosten des Semestertickets liegen muss!

### **Parkgebühren abschaffen**

Die LHG Saar kritisiert heftig die von der Universität eingeführten **Parkgebühren** für Studenten und fordert ihre **sofortige Abschaffung**.

Mit der Erhebung von Parkgebühren versucht die Universität, Studierende aus Saarbrücken und Umgebung mit der Erhebung von Parkgebühren zum Umstieg auf den ÖPNV zu zwingen. Wir sehen hierin eine unliberale und nicht hinnehmbare Bevormundung der Studenten, von denen viele auch auf ein Auto angewiesen sind. Hinzu kommt, dass der ÖPNV zu Stoßzeiten bereits zuvor schon völlig überlastet war und sich diese Situation durch die neue Regelung noch verschärft hat.

Die Liberale Hochschulgruppe sieht es als höchst ungerecht an, dass die Parkgebühren lediglich von dem schwächsten Glied in der Kette, den Studenten, erhoben werden. Mitarbeiter der Universität, die finanziell wesentlich besser gestellt sind als Studenten, dürfen weiterhin kostenfrei parken. Das als Argument vorgebrachte Semesterticket der Studenten rechtfertigt dies nicht, schließlich wird es in Eigenregie von der Studierendenschaft ausgehandelt und muss auch verpflichtend von jedem Student gekauft werden!

Die LHG Saar setzt sich dafür ein, diese unliberale und ungerechte Regelung umgehend wieder aufzuheben, um einen Standortnachteil für die Universität des Saarlandes zu verhindern und die Studierenden nicht über ihre finanzielle Belastungsgrenze hinaus zu strapazieren. **Es ist niemandem zuzumuten, zusätzlich zu Semesterbeitrag und Studiengebühren von 630 € pro Semester noch täglich Parkgebühren zu zahlen!**

### **Parkraum erweitern**

Wir fordern die Universität auf, **zusätzliche Parkmöglichkeiten** in der Umgebung des Campus zu schaffen. Trotz des Baus der Parkhäuser sind diese völlig überlastet, so dass viele gezwungen sind, Strafzettel zu riskieren. Dieser Zu-

stand ist nicht tragbar!

### **Anbindung des Campus an den ÖPNV verbessern**

Die LHG Saar setzt sich für eine **bessere Anbindung des Campus an den ÖPNV** ein. Die zurzeit herrschende Situation mit überfüllten Bussen und schlechten Anbindungen ist niemandem länger zuzumuten! Insbesondere während der Stoßzeiten morgens müssen mehr Busse eingesetzt werden. Darüber hinaus muss die Taktung der Busse angepasst werden, damit nicht mehrere Busse innerhalb weniger Minuten fahren und dann längere Zeit gar keiner mehr.

Die LHG Saar fordert die Verkehrsbetriebe auf, das neugeschaffene **Nachtbussystem weiter auszubauen** und die Taktung dieser Busse zu erhöhen! Langfristig sollte die Universität an die **Saarbahn** angebunden werden!

### **Bachelorstundenpläne entschlacken – Masterplätze erweitern**

Die LHG Saar setzt sich für eine Entschlackung des Bachelorstudiums ein. Bei der Umstellung von Magister und Diplom auf Bachelor und Master wurde zu viel „Ballast“ in die neuen Studiengänge mitgeschleppt, was zu einer enormen Stofffülle in dem kürzeren Bachelorstudium führt. Die Studienpläne müssen intensiv überprüft werden, ob die jeweiligen Fächer tatsächlich in einem Bachelorstudium notwendig sind oder ob die Studenten nicht entlastet werden können. **Der jetzige Zustand in einigen Fächern belastet die Studenten so sehr, dass letztlich das Privatleben und außeruniversitäres Engagement massiv darunter leiden. Dies ist für die LHG ein nicht tragbarer Zustand!**

Die LHG Saar kämpft außerdem dafür, dass nicht nur ein geringer Anteil der Absolventen Zugang zu einem Master-Studium erhält. Daher ist es erforderlich, **zusätzliche Studienplätze in den Masterstudiengängen** zu schaffen und einem größeren Teil der Bachelor-Absolventen den Weg zu einem Master zu ermöglichen.

### **Weniger Verwaltung, mehr Service**

Wir fordern eine Entschlackung der Verwaltung der UdS! Eine Beibehaltung des jetzigen übermäßigen Verwaltungsapparats ist abzulehnen, da dieser zu teuer und zu starr ist und eine unproduktive Mentalität fördert. **Die LHG Saar ist der Ansicht, dass sich ein Dienstleistungsdenken an der Universität durchsetzen muss. Schließlich ist die Verwaltung für die Studierenden da und nicht umgekehrt!** Unproduktive Kostenpunkte müssen abgebaut, der Service für Studenten hingegen endlich ausgebaut werden. Während wir demnach für eine Streichung ineffektiver, kostspieliger Stellen plädieren, fordern wir eine Ausweitung der Öffnungszeiten stark frequentierter Anlaufpunkte und Ser-

vice-Points, welche (bei Bedarf) ähnlich den Mentorenstellen von studentischen Hilfskräften besetzt und geleitet werden können. Diese würden sowohl Studierenden als auch Gästen bei allen Fragen (und auch Orientierungsproblemen) beratend zur Verfügung stehen und so (gemeinsam mit der Flexibilisierung und Rationalisierung der Verwaltung) einen starken Beitrag zu einer besseren Campusatmosphäre leisten.

### **Einheitliches Online-System zur Studienverwaltung**

Wir fordern ein einheitliches Online-System zur Studienverwaltung! Das Chaos aus Clix/Moodle/LSF und Fakultätsseiten muss ein Ende haben. Anstatt mehrere unabhängig voneinander entwickelte, verwaltete und stets weiterzuentwickelnde Portale zu unterhalten, fordern wir ein finanziell effizienteres, studentenfreundlicheres und einheitliches Online-Portal, das die entsprechenden Dienste gebündelt anbietet. Dies würde enorme Mengen an Fördermitteln und sonstigen Kosten einsparen, indem auch die Wartung, Weiterentwicklung und Verwaltung nur noch für ein Portal notwendig wird. Im Übrigen könnte eine größere Akzeptanz durch die Studierenden und eine bessere Qualität erreicht werden, wenn die Vorteile aller Portale in einem einzigen konzentriert werden.

### **AStA verschlanken - Semesterbeitrag senken**

Die LHG setzt sich für eine **Absenkung des Semesterbeitrages** ein. Dies kann durch Einsparungen in verschiedenen Bereichen erreicht werden. Hierzu muss zum einen die **Aufwandsentschädigung** für AStA-Referenten von 365€ auf 300€ **gesenkt** werden. Zum anderen sind erhebliche Einsparungen beim „Champus“ möglich. Anstatt hierfür mehrere zehntausend Euro im Jahr aufzuwenden soll sich dieser in Zukunft selbst durch Werbeeinnahmen tragen. Auch die **Anzahl der Referate muss reduziert werden**. Hierdurch und durch weitere Einsparung besteht dann genug finanzieller Spielraum, den Semesterbeitrag zu senken und die Studenten zumindest etwas finanziell zu entlasten.

### **Europaschwerpunkt der Universität stärken**

Die Universität des Saarlandes, die ursprünglich als Europa-Universität gegründet wurde, hat durch ihre Lage im Herzen Europas ideale Voraussetzungen, sich jetzt auch wirklich als europäische Universität zu präsentieren und hieraus einen starken Standortvorteil zu ziehen. Die Einführung eines Europastudienanges, des *Europaicums*, kann hierbei nur ein erster Schritt gewesen sein. Wir setzen uns dafür ein, das Europaicum mit allen an der Universität vorhan-

denen Studiengängen weiter zu vernetzen, so dass zusätzliche Credit-Points in diesem Bereich gesammelt werden können. Darüber hinaus müssen mehr internationale Abschlüsse eingeführt werden und Kooperationen ausgebaut werden.

## **Datenschutz an der Universität des Saarlandes**

Der Umfang der personenbezogenen Daten die über jeden einzelnen Studierenden an der UdS gesammelt werden nimmt von Jahr zu Jahr zu. Damit nimmt auch die Verantwortung der Universität zu, einen Missbrauch dieser Daten zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Universität es sich zum Ziel setzt möglichst erst gar keine Daten anfallen zu lassen und Daten die anfallen zum frühest möglichen Zeitpunkt zu löschen. Wir fordern weiterhin die Universitätsleitung dazu auf, den studentischen Vertretern soweit nötig Einsicht in die anfallenden studentischen Daten zu geben, damit diese ihre Kontrollfunktion erfüllen können.

### **Datenschutz bei UdS-Karte**

Der Funktionsumfang der UdS-Karte wird immer mehr erweitert. So wird die Karte zur bargeldlosen Zahlung in der Mensa eingesetzt und als Zugangskarte zu Gebäuden und Parkplätzen. Hierbei muss jedoch sichergestellt werden, dass keine personenbezogenen Daten gesammelt oder gar missbraucht werden. Wir fordern die Universitätsleitung auf, hier keine Protokolle zu führen, da diese dazu genutzt werden könnten Anwesenheit- und Bewegungsprofile der Studierenden zu erzeugen.

## **Themenvielfalt bei der Informationswissenschaft erhalten**

Obwohl die Schließung der Informationswissenschaft bereits beschlossen Sache ist, spricht sich die LHG dennoch dafür aus, die Informationswissenschaft mit ihrem ursprünglich gesellschaftswissenschaftlichen Hintergrund zu erhalten.

Der Magisterstudiengang Informationswissenschaft wird - wie alle anderen Magisterstudiengänge an der Universität des Saarlandes – auslaufen. Es werden derzeit verschiedene Modelle für einen Bachelor-/Master-Studiengang mit informationswissenschaftlichen Inhalten diskutiert. Den derzeitigen Magister-Studierenden ist zwar ein geregelter Ablauf des Studiums bis zum WS 20012/13 garantiert. Jedoch besteht ein erhebliches Problem für die Studenten im Findungsprozess für Magisterthemen, da durch die Übernahme der vakanten Professur durch das „e-Learning-Institut“, der Themenschwerpunkt in den Veranstaltungen und Seminaren auf die E-Learning-Schwerpunkte hin geändert wurde.

Die Studenten der Informationswissenschaft haben aber dieses Studium

hauptsächlich deshalb gewählt, um systematisch, thematisch und methodisch in den Bereichen der Publizistik-, Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie der Kognitionspsychologie zu arbeiten.

Nach Ansicht der Liberalen Hochschulgruppe wurden die Studierenden der Informationswissenschaft dreifach bestraft. Das Magisterverfahren wird generell eingestellt. Der Lehrstuhl Informationswissenschaft wird geschlossen. Langjährige Themenschwerpunkte werden gleichzeitig gestrichen. Dies wird die Liberale Hochschulgruppe nicht akzeptieren.

**Wir setzen uns bei der Universitätsleitung dafür ein, dass die Studierenden der Informationswissenschaft ihr Studium in der bisherigen Form beenden können** und nicht gezwungen werden, ein unbekanntes Themengebiet für die Magisterarbeit wählen zu müssen, welches mit der Spezialisierung auf die Publizistik- und Medienthematik der letzten Jahrzehnte, überhaupt nichts zu tun hat

### **Anerkennung ausländischer Studienleistungen verbessern**

Wir fordern eine Verbesserung der Anerkennungsregelungen für ausländische Studenten. Die UdS hat ca. 2700 internationale Studenten und über 400 Austauschstudenten pro Jahr. Viele davon haben Probleme mit der Anerkennung von Studienleistungen aus ihren Heimatländern. Das liegt daran, dass es keine einheitliche Regelungen für die Anerkennung gibt und in den meisten Fällen die Prüfungsämter allein entscheiden dürfen, wer was anerkannt bekommt, was ganz subjektiv ist. Es wird oft nach Herkunftsland oder Persönlichkeit beurteilt und nicht nach Inhalt der belegten Fächer oder Studienleistungen. Es gab auch Fälle, wo es bei 2 Studierenden aus gleichem Land und gleicher Uni über gleiche Fächer unterschiedliche Entscheidungen der Prüfungsämter gab. Generell werden Studienleistungen zu selten anerkannt. Wir wollen, dass UdS weiterhin international bleibt, daher muss hier dringend etwas getan werden.

### **Evaluationsmodell**

Die Lehre an vielen deutschen Universitäten ist bekanntlich nicht die Beste. Dies liegt leider oft an der mangelnden Motivation der Professoren, eine gute Lehre zu machen, denn im Gegensatz zur Forschung bringt ihnen diese nicht mehr Geld ein, und schlechte Lehre hat für sie keinerlei Konsequenz. Damit sich dies ändert, befürworten wir den Ausbau eines Evaluationsmodells in allen Studienfächern. Zu Beginn des Semesters sollen die Dozenten einen Überblick bieten, welche Themen behandelt und welche Ziele mit der Veranstaltung erreicht werden sollen. Studenten und Professoren bewerten schließlich am Ende der Veranstaltung, ob und welche Ziele erreicht wurden. Die Nach-



frage bei den Studierenden soll Verpflichtung für alle Professoren und Dozenten sein, die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Professoren und Dozenten bekommen so Feedback, um ihre Vorlesungen zu verbessern und mehr auf die Bedürfnisse der Studierenden einzugehen.